

Gattler-Zeitung

Nr. 26.

Berlin, den 27. Dezember 1902.

16. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch
die Post (Post-Liste Nr. 6960)
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifenband.

Redaktion und Verlag:
Joh. Sassenbach, Berlin S.O., Engel-Allee 15.
Fernsprech-Nummer: Amt VII, 788.

Inserate die 2 gespaltene Petit-Zeile
30 Pfg.;
bei Wiederholungen bedeutende
Ermäßigung.

Zum Jahreswechsel.

Wenn sich das alte und das neue Jahr scheidend die Hände reichen, dann erwacht in uns ein unbestimmtes Gefühl, Hoffnung genannt. Ein glühender Funke, der nie erlischt und bei Beginn des neuen Jahres stets in heller Blut emporschlägt. Es liegt ein sonderbarer Zug in uns, daß selbst die bittersten Enttäuschungen den Keim der Hoffnung nicht ganz auszurotten vermögen, wir müßten denn schon stumpf sein gegen Freude und Leid. Vor Allen ist es der Arbeiter, der hofft und auch Grund zum Hoffen hat. Wo Hoffnung ist, ist Lebensmuth, ist Kampfeslust, und wie sehr wir der letzteren bedürfen, hat uns wieder dieses Jahr gezeigt. Werfen wir einen Blick zurück. Mit grimmiger Wucht hat die Krise eingesetzt und Tausende von Arbeitern in Noth und Elend gestürzt. Wen die Schuld trifft, wollen wir hier nicht näher untersuchen, die Frage ist andern Orts ausgiebig erörtert worden. Da aber mit der Krise die Macht der Arbeitgeber steigt, während die der Arbeiter sinkt, so spielen die ersteren ihren Trumpf aus und zeigen sich den letzteren in ihrer wahren Gestalt. Die ohnehin kärglichen Löhne werden, wo es angängig ist, reduziert, die Arbeitszeit verlängert und die wenigen Vortheile, welche die Arbeiter in der guten Zeit errungen haben, ihnen entzogen. Der Einzelne steht dieser Bergewaltigung wehrlos gegenüber, er ist machtlos und muß sich auf Gnade oder Ungnade ergeben. Hier gilt der Spruch:

Du bist mein,
Denn ich bin groß
Und du bist klein.

Anders ist es, wenn die Arbeiter zusammenstehen, eine kompakte Masse, eine geschulte Organisation bilden und im Ganzen auf das Ganze wirken. Wenn es Männer sind, die sich nicht am Gängelbände führen lassen, starke, gereifte Charaktere, Söhne des Volkes, die gewohnt sind, ihren eigenen Weg zu gehen, jedem Hinderniß Trotz bietend. Zu diesem Zweck haben sich schon seit langer Zeit, besonders in den letzten Jahren, die aufgewecktesten Arbeiter zusammengethan und der Ausbeutungswuth der Kapitalisten einen Damm entgegengesetzt. Scholle für Scholle, Stein für Stein wurde zusammengefügt und eine Schutzwehr geschaffen, die heute schon eine ansehnliche Höhe erreicht hat. Und doch fehlt noch so mancher Stein und wie viele Lücken weist dieser Wall noch auf. Und wie leicht ließe sich derselbe unüberwindlich machen, wenn alle Kollegen, alle Arbeiter schon begriffen hätten, um was es sich handelt. Viele giebt es, die sich brümmend auf die andere Seite legen und weiter schlafen, wenn die Sonne der Zukunft ihre hellen Strahlen durch die Fenster bricht. Diesen gedankensaulen Schläfern muß der Hahn krähen, so lange, bis sie munter werden und die schleichende Flut erkennen, die sie beinahe im Schlafe verschlungen hätte. Auf, ihr Saumseligen, auf, es ist Zeit und viel zu lange habt ihr

schon geschlafen. Hört ihr nicht den Sturm, der durch die Welt heult? Werft einen Blick in das Land, auf die gefrorene Erde, auf den glitzernden Schnee, auf die Mütter, die ihre hungrigen Kinder an die Brust drücken, und auf die bleichen, gebeugten Männer mit den gefurchten Gesichtern und den schwieligen Händen. Sie stieren düster und sorgenvoll in die Ferne. Die Kinder schreien nach Brot und das Herz krampft sich zusammen bei diesem Ruf. Keine Arbeit, kein Brot, kein Recht. Doch nein, — du hast das Recht, in deinem Vaterlande zu verhungern, und dieses Recht wird dir keiner streitig machen. Im Reichstag hat die Mehrheit, die aus reichen Grundbesitzern, großen Industriellen und frommen Dienern der Kirche besteht, im Bewußtsein der Kraft mit brutaler Gewalt das Recht niedergeworfen und den Armen den letzten Bissen Brot vertheuert. Man hat auf das Haupt der Gerechtigkeit den Helm des Schutzmannes gesetzt und das Recht in Ketten geschlagen. Dies Alles im Lande der Freien und Frommen. In Mannheim bei der Kirchenparade fiel dieses Jahr das Wort von katholischer Seite: der Staat hat für das Volk nichts, als Kanonen und Steuerzettel. Gewiß, aber was hat die Kirche für uns? Wässrige Bibelsprüche und salbungsvolle Verheißungen auf den Himmel. Man erzählt uns die Legende von dem Kameel und dem Nadelohr. Wer sich damit trösten läßt, ist jedenfalls das größte Kameel. Wir wollen unsern Antheil schon auf dieser Welt und sollte es in jener anderen Welt noch etwas Gutes geben, nun, so nehmen wir's auch noch. Im nächsten Frühjahr spricht das Volk sein Machtwort. Der Reichstag wird neu gewählt. Reißt die gleißenden Schlangen von eurem Busen, die ihr so lange genährt habt. Kehrt euch nicht an leere Versprechungen, sondern wählt Leute aus dem Volke, die euer Elend kennen und für euch eintreten. Denkt an eure Kinder, sie werden es euch später danken.

Drum auf zum Kampf. Schon bahnt das Morgenroth der Zukunft sich den Weg durch den düstern Nebel. Halten wir fest zusammen und hoffen wir im neuen Jahre auf eine neue Zeit!

Emil Unger, Berlin.

Die deutsche Gattlerbewegung von 1887 bis 1902

von Johann Sassenbach.

2. Fortsetzung.

II. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Gattlervereins.

In den Versammlungen des Berliner Fachvereins, die unmittelbar nach dem unglücklich verlaufenen Streik der Berliner Militärgattler stattfanden, wurde wiederholt der Wunsch nach einer zentralen Organisation für ganz Deutschland laut. Der Berliner Streik hatte gezeigt, wie ungünstig es für die Arbeiter ist, wenn sie ohne feste Verbindung mit ihren Berufskollegen an anderen Orten sind. Von den Militärgattlern waren während des

Streiks viele abgereist und hatten an anderen Orten Arbeit gefunden. Nach Elberfeld-Barmen wurden durch Beauftragte der dortigen Fabrikanten mehrere Eisenbahnwaggons voll Sattler versandt, zum großen Mißvergnügen der dortigen Kollegen, die davon eine Herabdrückung der Preise befürchteten. Den Zugereisten mußte der Mangel einer einheitlichen Organisation besonders bemerkbar werden, und einige von diesen inzwischen nach Berlin Zurückgekehrten waren es auch, die in der Versammlung des Berliner Fachvereins vom 7. April 1888 auf das Wünschenswerthe einer zentralen Organisation aufmerksam machten.

Um diese Zeit hatten bereits eine Anzahl Verufe Zentralorganisationen gegründet; man hatte also Beispiele, an die man sich anlehnen konnte. Am 10. Mai wurde von einem Herrn Spindermann ein Vortrag über „Zentralisation, deren Licht- und Schattenseiten“ gehalten, und in der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für eine Zentralisation aus, wenn aus anderen Städten ähnliche Wünsche laut werden sollten.

Inzwischen hatte der Fachverein der Sattler Karlsruhe in der März-Nummer der Sattler-Zeitung folgenden Aufruf erlassen:

An die Vorstehenden sämtlicher Sattler-Fachvereine Deutschlands!

Der Fachverein der Sattler und Berufsgenossen Karlsruhe bittet um die Adresse sämtlicher Vorstehenden der bestehenden Fachvereine behufs Verständigung beziehungsweise Vorschläge folgender Angelegenheiten:

1. Die Befreiung der Mitglieder von Aufnahmegebühren bei Zureisen von einem Fachverein zum anderen betreffend.
2. Gründung eines Zentral-Arbeitsnachweis-Bureau betreffend.
3. Die Bekanntmachung der örtlichen Affordpreise von Militär-Artikeln, sowie anderer Lohnverhältnisse betreffend.
4. Die Einführung einer einheitlichen Reise-Unterstützung betreffend.

Im Interesse der Sattler wird um rege Theilnahme sämtlicher Fachvereine der Sattler gebeten.

Wilh. Lenzinger

Vorstehender des Fachvereins der Sattler Karlsruhe.

Bis Juli war noch nicht eine einzige Antwort auf diese Anfrage eingelaufen. Darauf beschloß Karlsruhe, erst abzuwarten, ob überhaupt die anderen Fachvereine gemißt seien, diese so notwendige Sache zu unterstützen.

In der folgenden Nummer, im August 1888, nahm die Redaktion der Sattler-Zeitung zu der von Karlsruhe aufgeworfenen Frage Stellung und führte unter anderem aus:

Der energischste und opferwilligste Arbeiter ist nur ein einzelner Stab im Bündel. Allein kann er nichts ausrichten, nur vereint mit den Uebrigen ist er stark. Und darum lautet der Ruf im heutigen Kampfe: Sammelt Euch! Nur die Vereinigung kann zum Siege führen.

Um aber diese Vereinigung herbeizuführen, genügen dazu die wenigen Fachvereine, so gut wie sie an und für sich sind, welche sich bis jetzt in den Hauptzentren gebildet haben?

Wir alle müssen streben, unentwegt und muthig, so schwer es uns auch unter den heutigen Verhältnissen gemacht wird, nach einer besseren, nach einer umfassenderen Organisation. Dies zur Erkenntniß der Kollegen zu bringen, muß eine unserer Hauptthätigkeiten sein. Deshalb dürfen wir uns auch nicht auf die Fachvereinsversammlungen allein beschränken, sondern müssen immer wieder in öffentlichen Sattlerversammlungen anregend auf die Kollegen einzuwirken suchen, um endlich dahin zu gelangen, so bald als möglich einen Kongreß der Sattlergehülfsen Deutschlands zu berufen zu können, auf welchem Delegirte aus allen Gauen des Vaterlandes über die Abhilfe der Schäden, welche in unserem Gewerke wuchern, berathen und um eine Organisation zu schaffen, welche alle unsere Kräfte in sich zusammenfassen wird.

In derselben Nummer, in der die Redaktion diese Ausführungen macht, befindet sich ein Versammlungsbericht aus Dresden. Das Fachvereinsmitglied Gungler war mit aller Wärme für die Zentralisation eingetreten, doch fand ein dahin gehender Antrag keine Unterstützung.

„Alle Redner sprachen wohl die Zweckmäßigkeit der Vereinigung aus, doch bei den so viel verschiedenen Vereinsgesetzen in Deutschland würden wir auf Schwierigkeiten stoßen, was wir ja in der letzten Zeit mit soviel anderen Vereinen erfahren haben, und aus diesem Grunde stimmten sie dagegen. Und eben an diesem Punkte scheiterten die anderen Fragen. Zu einem Zentral-Arbeitsnachweis gehört eine stramme Organisation und haben die Innungen und Fabrikanten weit eher Chancen dazu, dieselben praktisch durchzuführen. Was die Reiseunterstützung anbetrifft, so

kann dieselbe bei den lokalen Vereinen nicht gleich sein, weil sich dieselbe nach der Anzahl der Mitglieder und der Höhe der Beiträge richten muß, sollte aber jedem Verein sein erstes Prinzip sein, dieselbe so reichlich wie möglich, vorzugsweise an Vereinsmitgliedern, auszugeben. Wenn sich alle Fachvereine dieses Zieles bewußt sind, stets für die Interessen der Kollegen einzutreten, so haben wir eine geistige Zentralisation, die uns kein Richter, kein Gesetz zerstören kann.“ (Forsf. folgt.)

Das Wahlrecht zum deutschen Reichstag ist in Gefahr.

Nachdem die Wucherzöllner bei der Durchdrückung des Ausbeutungstarifs durch den Reichstag sich überzeugt haben, daß sie ihre Mehrheit zu keiner dauernden Mitarbeit im Reichstage bewegen können, daß es ihnen nicht möglich ist, ein beschlußfähiges Haus herzustellen, auch wenn es sich um ihre wichtigsten Geldinteressen handelt, sie daher mit dem Umsturz der Geschäftsordnung vorgehen mußten, damit der Volksausplünderungs-Tarif fertig wurde, denkt man in ihren Kreisen stark daran, dem Reichstage die schon oft geforderten Diäten zu bewilligen. Die Genossen wissen, daß diese Frage für uns von keiner zu großen Wichtigkeit ist. Wir würden dadurch freilich in unserer Partekasse erheblich Geld sparen, das anderweitig gut verwendet werden könnte, aber grundsätzliche Bedeutung hat für uns die Sache nicht, wie für die zollwucherischen Mehrheitsparteien. Diese gönnen aber natürlich uns den Zuwachs zu der Partekasse nicht, und im Gehege verfügen, daß nur diejenigen Abgeordneten Diäten bekommen, die für die Regierungsvorlagen stimmen, das geht doch nicht gut an. Man muß also auf andere Anstalten finnen, wenn man das Anwachsen der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage verhindern will. Das kann aber nur durch **Verflechtung des Wahlrechts** geschehen. Man nennt das Ausgleichungen (Kompensationen) für die Diätenzahlung an die Reichstagsabgeordneten. Die Arbeiter sollen also durch Verflechtung ihres Wahlrechts, durch Verabung an ihren Rechten, es ermöglichen, daß die ausbeuterische Wuchermeinheit im Reichstage vollzähliger zu ihren Volksplünderungs-Kraubfüßen erscheinen kann, das auszuraubende Volk soll den Räubern ihr Werk leichter ausführbar machen.

Die „Post“, das Organ der Volksausrauber, äußert sich über diese Kompensationen folgendermaßen:

„Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten sich noch lange Zeit wird aufrecht erhalten lassen. Gelangt man aber zu dieser Ueberzeugung, so erkennt man alsbald, daß zwei Möglichkeiten weiterer Entwicklung in der Luft liegen. Entweder man läßt die Dinge treiben, dann geht bei irgend einer geeigneten Gelegenheit die Diätenlosigkeit von selbst über Bord, ohne daß planmäßig ein entsprechendes Äquivalent auf dem Gebiete des Reichstagswahlrechts gegeben würde, oder aber die Reichsregierung ergreift die Initiative in der Sache und schlägt dem Reichstag die Gewährung von Anwesenheitsgeldern mit entsprechenden Kompensationen vor. Dafür spricht das Vorgehen der Regierung, das zur Zeit als ein bedeutungsvolles Entgegenkommen gegen die Wünsche der Reichstagsmehrheit sich darstellen würde und daher nicht nur an sich von politischem Werthe sein, sondern auch zur Forderung eines entsprechenden Entgegenkommens seitens der Reichstagsmehrheit berechtigen würde. Es unterliegt fernher keinem Zweifel, daß bei der Deutlichkeit, mit welcher die Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie jetzt allen staatsbehaltenden Richtungen im Reichstage vor Augen gerückt ist, die Geneigtheit, Kompensationen auf dem Gebiete des Wahlrechts für die Beseitigung der Diätenlosigkeit zu gewähren, wesentlich sich verstärkt haben wird. Natürlich würde es verfehlt sein, auf eine Aenderung der Bestimmung der Reichsverfassung über das Wahlrecht zu rechnen, aber auch bei voller Aufrechterhaltung der Grundlagen derselben lassen sich eine Reihe von Bestimmungen denken, durch welche die offensibaren Schattenseiten unseres Reichstagswahlrechts gemildert und die den sozialdemokratischen Bestrebungen förderlichen Seiten desselben abgeschwächt werden. Es wäre verfrüht, heute Dasjenige zu bezeichnen, was nach dieser Richtung zu geschehen haben würde. Es genügt, daran zu erinnern, daß in der Presse eine Reihe von Vorschlägen nach dieser Richtung bereits ausführlicher behandelt worden sind, so die Einführung einer ständigen Wahlliste nach englischem Muster, die Einführung des Erfordernisses eines längeren Aufenthalts zur Ausübung des Wahlrechts, die Heraushebung des Alters für das aktive Wahlrecht entweder im Ganzen oder doch für die im vollen Sinne des Wortes selbständigen Wahlberechtigten. Wie die Dinge liegen erscheint es daher, sofern man in der That sich der

um sodann einen Einfluß auf die anderen Betriebe und damit auf die dort bestehenden Verhältnisse zu erlangen. Eine kleine Verschiebung der Zahl der Akkordarbeiter zu Gunsten der Lohnarbeiter zeigt uns daß auch auf diesem Gebiete Schritt für Schritt bessere Zustände herbeigeführt werden können, bis die Abschaffung der Akkordarbeit überall Tatsache geworden ist.

Nicht vergessen soll werden, daß bezüglich der Arbeitszeit noch entschieden eine Wendung zum Besseren eintreten muß. Die Parole in dieser Beziehung muß lauten: Ueberall ist die tägliche 9stündige Arbeitszeit resp. die 5 1/2 stündige pro Woche zur Einführung zu bringen. Darüber hinaus auf keinen Fall, ein eventuelles Mehr ist als Ueberstundenarbeit mit 25 pCt. Zuschlag zu bezahlen.

Wenn auf der einen Seite das Resultat der Statistik den Kollegen nahelegt, das einmal Ergründete festzuhalten, ein Zurückdrängen unter keinen Umständen stattfinden darf, lehrt es uns andererseits, daß wir noch weit davon entfernt sind, uns mit den Verhältnissen zufrieden geben zu können, und die Hände in den Schooß zu legen. Im Gegenteil, wir können darin die Wege erkennen, die wir betreten müssen, um vorwärts zu dringen. Da ist vor Allem der Uebelstand, daß noch lange nicht alle Kollegen sich dem Verbaude angeschlossen haben, also agitieren wir. Ferner sind noch eine große Zahl Kollegen vorhanden, die noch nicht 24 Mk. verdienen, ohne dabei diese Summe als Norm aufzustellen, allenfalls als Minimum. Des Weiteren ist bereits auf die lange Arbeitszeit hingewiesen worden. Auch die Verhältnisse in sanitärer Beziehung lassen noch Vieles, wenn nicht Alles, zu wünschen übrig. Auch diesem Gebiete müssen wir unsere Aufmerksamkeit widmen.

So entstehen immer neue Aufgaben, oder vielmehr die bereits vorhandenen erweitern sich. An den Kollegen, an jedem Einzelnen wird es liegen, ob und in welcher Weise wir denselben gerecht werden können. Wenn Jeder mit allem Fleiß und aller Hingebung für unsere Organisation thätig ist, wird und muß sich der Erfolg einstellen.

Dur Arbeitslosen-Unterstützung.

Die bestehende wirtschaftliche Krise dürfte manchen früheren Gegner zum Anhänger der Arbeitslosenunterstützung bekehrt haben, ebenso auch zur doppelten Vorsicht mahnen. Trotzdem ich die sozialpolitische Bedeutung einer Arbeitslosenunterstützung anerkenne, kann ich mich nicht für die Einführung einer solchen in unserem Verbaude erklären. Bedenken verschiedener Art sind es, die meine ablehnende Haltung begründen. Betrachten wir einmal näher, wie die Verhältnisse in unserem Verbaude liegen. Sind wir im Stande, ohne die Weiterentwicklung unseres Verbandes zu gefährden, die jeder statistischen Grundlage entbehrende Arbeitslosenunterstützung einzuführen? Wohl wurden vor 3 Jahren derartige statistische Fragebogen geführt, deren Werth aber gleich Null war. Und was ist seitdem in dieser Sache geschehen. Vor 3 Jahren gab man dem Projekt wenigstens eine, wenn auch ungenügende statistische Grundlage; diesesmal läßt man sich von dem Bestreben anderer Verbände, überhaupt eine Arbeitslosenunterstützung zu haben, leiten. Es sind wenige, die seit 1900 dieselbe eingeführt haben, aber die besten Erfahrungen haben sie damit nicht gemacht. Kollegen, hätten wir im Jahre 1900 der Arbeitslosenunterstützung statutarische Kraft verliehen mit dem damals verlangten Beitrag von 25 Pf., wir wären in Anbetracht der kolossalen Ausgaben für Streiks dem unvermeidlichen Bankrott verfallen. Wir haben keine genaue Uebersicht, welche Wirkungen die Geschäftskrise in unserm Verbaude hat, der Verbrauch von Arbeitslosenzulagen wird aber ausweisen, daß auch wir davon nicht verschont blieben.

Nun weiter zum Arbeitsnachweise. Derselbe ist eine Vorbedingung der Arbeitslosenunterstützung, ohne den eine richtige Kontrolle der Arbeitslosen, Anweisung von Arbeitsgelegenheit u. s. w. niemals geführt werden kann, wie wir überhaupt ohne einen von den Arbeitern selbst geführten Arbeitsnachweis keinen Ueberblick über die Lage unseres Arbeitsmarktes erhalten können. Ich verweise hier auf den Artikel „Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsmarkt“ von Koll. Semle, mit dem ich vollständig einverstanden bin. Die nächste General-Versammlung wird sich ohnedies wieder mit dem Arbeitsnachweise befassen müssen, und wird sich dann zeigen, daß nicht einmal unsere größten Filialen Nachweise besitzen, die unseren Anforderungen entsprechen. Wie kann man dann von Mittel- und Kleinstädten verlangen, auf diesem Gebiete Ersprießliches zu leisten. Wir haben hier schon trübe Erfahrung damit gemacht. Wohl bin ich auch der Meinung, nichts unberührt zu lassen, auch auf diesem Gebiete vorwärts zu dringen, denn der Arbeitsnachweis gehört in die Hände der Arbeiter.

Es wurden bereits verschiedene Tabellen aufgestellt über die Höhe der Unterstützungen sowie der Beiträge, welche eine gesunde Bilanz zwischen Einnahme und Ausgabe bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung schaffen soll.

Ich bezweifle ja nicht, daß die Kollegen bei Aufstellung ihrer Berechnung das Beste im Auge hatten, aber bei den dunklen und unklaren Kalkulationen, mit denen wir operieren müssen,

kann ich keiner Aufstellung meine Zustimmung geben. Soviel steht aber fest, daß ohne Erhöhung der Beiträge auf 35—40 Pf. eine einigermaßen befriedigende Unterstützung nicht geleistet werden kann. Die Bildhauer haben bei 65 Pf. Beitrag und 1 Mk. Unterstützung pro Tag im Jahre 1901 über das Doppelte pro Kopf ausgegeben als 1898.

Ähnlich ist es bei anderen Verbänden, die diesen Unterstützungsgegenstand besitzen. Kollegen, das geht uns zu denken, denn haben wir einmal Fiasko gemacht, dann ist es zu spät, denn aufrichtig gesagt, wir dürfen nicht allzuviel an die Opferwilligkeit unserer Kollegen appellieren. Da müßte einen großen Theil unserer Kollegen ein anderer Geist beherrschen, als dies bis jetzt der Fall war. Trotz aller intensiven Agitation steht ein ziemlich großer Theil unserer Berufsgenossen in größeren und Mittelstädten (von Kleinstädten ganz abgesehen) der Organisation noch fern. Leute, die schon gealtert sind, dem Verband eher hemmend als fördernd gegenüber stehen, die Anhänger der Arbeitslosenunterstützung, werden mir entgegen: schaffst diese Unterstützung her, dann werden auch jene Leute zu uns kommen, da sie dann materielle Vortheile genießen. Gewiß, die Unterstützungen wären schon recht, aber die hohen Beiträge können sie nicht leisten. Für Vergnügungs-, Rauch-, Freß- und Militärvereine haben sie Geld, aber für ihre heiligsten Interessen nichts.

Wir haben auch weiter mit der Eigenart unseres Berufes, den Kleinbetrieben zu rechnen.

Wohl begreiflich, daß in Städten, wo periodische Saisonarbeit oder Großbetriebe vorherrschend sind, die Arbeitslosenunterstützung Anhänger findet; sind es doch jene Kollegen, die sich auf einige Zeit am Orte halten können, um nicht gleich den Wanderstab oder andere Beschäftigung ergreifen zu müssen. Anders in Städten mit Kleinbetrieben. Die Arbeitslosenunterstützung soll speziell dem verheiratheten Kollegen dienen.

Ist es heute schon schwer, als verheiratheter Kollege in einem derartigen Geschäft Stellung zu erhalten, so wird dieses Uebel um so schärfer hervortreten, indem dann die ledigen, jüngeren Kollegen am Orte verbleiben, um dem verheiratheten die Suche nach Arbeit zu erschweren. Bei der niedrigen Unterstützung, die wir bieten können, ist es ausgeschlossen, längere Zeit ohne Arbeit zu sein. Der Verheirathete muß dann ergreifen, was sich ihm bietet. So stehen die Verhältnisse unseres Berufes in Städten mit vorherrschenden Kleinbetrieben.

Man wird mir nun entgegenen: Solche kleinliche Bedenken müßten verschwinden in Anbetracht der idealen Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung.

Kollegen, wir haben aber damit zu rechnen, hauptsächlich bei der Agitation in kleinen Städten. Glauben die Kollegen, mit einem Beitrag von 30—40 Pf. und einem Lohn von 3, 4 und 5 Mk. pro Woche in der Agitation Glück zu haben. Wir müssen doch auch daran denken, die Kollegen dieser Orte in unsere Reihen zu bekommen und hierzu sind hohe Beiträge nicht das beste Mittel.

Eine Eintheilung der Beiträge sowie Unterstützung nach Größe der Städte halte ich von vorne herein für falsch. Sollte die Unterstützung je eingeführt werden, so halte ich das System wie unsere Eintheilung des Sterbegeldes für das Richtige. Doch darüber ein andermal.

Agitieren und Organisiren wir vorerst noch unermüdet, befaßen wir uns mehr mit statistischen Erhebungen über die Bewegung unseres Arbeitsmarktes, suchen wir immer mehr den Arbeitsnachweis in unsere Hände zu bekommen, sorgen wir dafür, daß ein anderer Geist unsere Kollegen besetze, als das bis jetzt der Fall ist, dann können wir, auf einer gesünderen Basis beruhend, die Arbeitslosenunterstützung verwirklichen.

Sollte sie trotzdem von der nächsten General-Versammlung angenommen werden, so bitte ich alle Kollegen, die Gegner derselben sind, sich dem Spruche der Majorität zu fügen und durch traktante Mitarbeit die sich zeigenden Hindernisse zu beseitigen.

Karl Vogelhuber.

Nürnberg.

Nachdem bereits die Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung, welche jedenfalls bei der nächsten Generalversammlung eine bedeutsame Rolle spielen wird, begonnen hat, findet man, daß sich die Kollegen, welche sich schon geäußert haben, über Manches noch nicht im Klaren sind. Es ist immer noch ein Lappen im Dunkeln, weil man noch in Unkenntnis über den Vermögensbestand des Verbandes ist und sich somit kein klares Bild über die Leistungsfähigkeit desselben machen kann.

Da nun in der am 29. November stattgefundenen öffentlichen Sattler-Versammlung in Dresden sich einige Redner äußerten, „sie seien so lange Gegner der Arbeitslosenunterstützung, so lange man sich kein genaues Bild machen könne, ob man diese überhaupt einführen kann und wenn ja, wie diese auszubauen sei“, ersucht die Verwaltungsstelle Dresden I den Zentralvorstand:

1. Ein genaues Bild über die Vermögensverhältnisse des Verbandes zu geben.
2. Hält es der Zentralvorstand unter gegenwärtigen Verhältnissen für möglich, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen?

3. Mit wie viel Beitragserhöhung gedenkt der Zentralvorstand dieselbe durchzuführen und wie soll diese ausgebaut werden?

Die Verwaltungsstelle Dresden hofft, daß sich der Zentralvorstand hierzu äußert, es werden dadurch manche Vorurteile oder manche Zweifel aus der Welt geschafft. Auch wird dadurch die Diskussion eine ganz andere und man wird mit viel bestimmteren, genaueren Vorschlägen kommen können, und die ganze Sache dadurch fördern helfen. J. A.: Max Bär.

(Der Statutenentwurf für Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung wird in der nächsten Nummer veröffentlicht werden.)

Bur Verschmelzung mit der Krankenkasse.

In Nr. 10 dieser Zeitung erschien ein Artikel: „Ein Vorschlag zur Unterstützungsfrage“. Ueber ein halbes Jahr ist seitdem verlossen; jetzt will die Kommission, welche von Magdeburger Mitgliedern der freien Hilfskasse der Sattler gewählt worden ist, wieder etwas von sich hören lassen, indem sie das eingelaufene Material veröffentlicht. Die Kommission hat in jeder Hinsicht ihre Pflicht erfüllt und hat sich auch im Voraus nicht zu großen Hoffnungen hingegeben, doch etwas mehr hätten sich die Kollegen mit der wichtigen Frage beschäftigen müssen.

Was die Antwort des Zentralvorstandes des Verbandes anbelangt, so können wir damit zufrieden sein. Er will die Kollegen reden lassen und ihnen die Zeitung zu Artikeln zur Verfügung stellen. Sollte mit der Zeit diese Frage für uns günstiger werden, was wir stark hoffen, so wird der Zentralvorstand nicht umhin können, sich damit zu beschäftigen. Die Antwort des Zentralvorstandes der Kasse werden wir hier folgen lassen:

„Auf Ihr Schreiben vom 15./5. d. Js. an den Vorstand oben genannter Kasse, bin ich beauftragt, Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Der Vorstand lehnt das in Ihrem Schreiben an ihn gestellte Ansinnen ganz entschieden ab. Er würde sich nicht allein einer groben Pflichtverletzung, sondern auch eines großen Vertrauensbruches den Mitgliedern der Kasse gegenüber schuldig machen.

Der Vorstand muß eine derartige Agitation als völlig aussichtslos bezeichnen, welche aber geeignet erscheint, die Kasse schwer zu schädigen, das Vertrauen der Mitglieder zu derselben zu erschüttern, wie überhaupt Mißtrauen und Verwirrung unter denselben hervorzurufen.

Der Vorstand muß daher den dortigen Verwaltungsbeamten der Kasse, wie überhaupt jedem einzelnen Mitglied dringend raten, von einer derartigen Agitation Abstand zu nehmen.

Mit kollegialem Gruß

J. A.: Paul Ließ, Schriftführer,
Berlin N.W. 52, Spenerstr. 28.“

Schon früher, ehe die Magdeburger Kollegen in dieser Sache etwas gethan hatten und sie bloß in der Krankenkassen-Versammlung anregten, hatte Kollege Giese nichts eiligeres zu thun, als dem Vorstand der hiesigen Verwaltungsstelle zu verbieten, sich an der Agitation zu beteiligen und einen Pfennig Kaffeegeld dazu herzugeben. Er glaubte, hiermit wäre die Sache aus der Welt geschafft.

Nun die Antwort der Filialen des Verbandes. Für den Vorschlag haben sich ausgesprochen: Brandenburg, Mühlheim a. Rh., Jena und Bielefeld. In Bremerhaven sind die Verbandsmitglieder dafür, doch sind sie in der Kasse in der Minderheit. Die Offenbacher Kollegen haben noch keinen Beschluß gefaßt, sie wollen erst mehr Aufklärung darüber haben, ebenso möchten sie über die Höhe der Beiträge und der Unterstützung, der Karenzzeit und über die Dauer der Unterstützung unterrichtet werden. Kaiserslautern betrachtet die Sache als verfrüht, auch hat sich Leipzig in einem Versammlungsbericht für die Verschmelzung ausgesprochen, dagegen haben sich Flensburg und Dortmund ablehnend verhalten. Von den Kassenfilialen wollen Offenbach und Nürnberg erst weitere Vorschläge abwarten, ehe sie dazu Stellung nehmen. Dresden, Barmen, Kassel, Mannheim haben sich ganz ablehnend ausgesprochen, Kaiserslautern betrachtet die Sache als zu verfrüht. Braunschweig ist für unseren Vorschlag, möchte aber erst den Sattlerverband mit dem Tapeziererverband vereinigt haben, damit die Kollegen, welche gezwungen sind, aus dem Sattlerverband auszuscheiden und dem Tapeziererverband beizutreten, nicht ebenfalls aus der Kasse austreten. Einzelne Filialen machen uns darauf aufmerksam, daß solche wichtige Fragen auf der General-Versammlung der Krankenkasse erledigt werden müssen; diese Meinung theilen wir ebenfalls.

Es ist zu bedauern, daß auf der Agitationskonferenz von Rheinland und Westfalen über die Verschmelzungsfrage nicht diskutiert worden ist. Es hätte doch der Konferenz keinen Abbruch gethan, wenn der Antrag vom Kollegen Otremba-Mühlheim angenommen wäre, denn wir sind der Meinung, daß dieses der richtige Ort ist, wo diese Frage mit vorbereitet werden kann. Der Zentralvorstand der Kasse bezeichnet eine derartige Agitation

als aussichtslos, welche geeignet ist, die Kasse schwer zu schädigen, das Vertrauen der Mitglieder zu erschüttern und Mißtrauen und Verwirrung unter denselben hervorzurufen. Wir sind der Meinung, daß dieses auf unsere Agitation nicht zutrifft. Wenn man sagt, diese Frage gehört vor die General-Versammlung der Krankenkasse, so ist das richtig. Wir Magdeburger Kollegen waren nur der Ansicht, wenn wir nicht schon vorher etwas dazu thun, wieder bis zur nächsten Generalversammlung warten und erst dann beantragen, die Verschmelzungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, so würde zweifellos darüber zur Tagesordnung übergegangen. Dieses will der Zentralvorstand und dann ist wieder auf 3 Jahre Ruhe. Wir sind aber der Meinung, wenn damit Ernst gemacht und einmal gründlich auf der Generalversammlung dazu Stellung genommen werden soll, so müssen sich die Mitglieder schon lange vorher damit beschäftigen und wir haben den Anfang dazu gemacht. Daß wir mit unserer Ansicht nicht allein dastehen, beweisen ja die paar Antworten und wir hoffen, auch durch weitere Agitationen noch mehr Verwaltungsstellen für unsere Sache zu interessieren. Wir glauben auch, das Eingesandt der Leipziger Kollegen an die Mitglieder der freien Hilfskasse der Sattler in Nr. 23 dieser Zeitung wird viel dazu beitragen, manchen Kollegen eines Anderen zu belehren. Wenn die Nichtorganisirten verdrängt werden von ihren Vätern und sich beschweren, so finden sie sofort Gehör beim Zentralvorstand. Kollege Giese bereit sich hinzureisen und geordnete Zustände, wie er meint, in die Verwaltungsstelle zu bringen.

Kollegen, dies ist erst der Anfang, diese Fälle werden sich noch wiederholen. Die nächste Generalversammlung der freien Hilfskasse wird sich auch mit dem Bestätigungsrecht des Zentralvorstandes zu befassen haben, das Beste wäre, es würde ihm vollständig entzogen. Es wurden von mehreren Verwaltungsstellen weitere Aufklärung verlangt über die Verschmelzungsfrage. Unsere Absicht ist es von Anfang an gewesen, diese Sache den Mitgliedern zu überlassen. Wir sind der Meinung, wenn sich die Mitglieder in ihrer Mehrheit dafür aussprechen, daß Hoffnung vorhanden ist, die Verschmelzung zu verwirklichen. Dann müßte der Zentralvorstand des Verbandes beauftragt werden, sich mit Verbänden, welche ähnliche Einrichtungen haben, in Verbindung zu setzen, Berechnungen anzustellen und passende Vorschläge zu machen, welche dann von den Mitgliedern einer Verathung unterzogen werden können. Ebenso wie bei der Arbeitslosenunterstützung Berechnungen auf Grund von Erfahrungen anderer Verbände angestellt worden sind, welche sie schon eingeführt haben, könnte dieses auch hier gemacht werden. Wir können dem Zentralvorstand nicht zumuthen, daß er sich einer Arbeit unterzieht, welche noch keine Aussicht auf Annahme hat, darum ist es auch angebracht, daß die Filialen noch einmal eingehend zu dieser Frage Stellung nehmen und die Filialen, die sich dafür erklären, ihre Meinung hier hervor bringen. Auch müssen die Verbandsmitglieder mehr in den Krankenkassen-Versammlungen dafür eintreten und die Frage in jeder Versammlung zur Sprache bringen. Daß die freie Hilfskasse als Zuschußkasse besser arbeitet, werden wohl Alle zugeben. Es lassen sich viele Ersparnisse erzielen, welche in der freien Hilfskasse nicht erzielt werden können; auch kommt die Zuschußkasse jedem Verbandskollegen zu gute. Daß die freie Hilfskasse nicht mehr die Bedeutung hat, die ihr zukommt, wird man auch zugeben.

Einzelne Filialen der Metallarbeiter beantragen auf der letzten Generalversammlung der Metallarbeiter-Krankenkasse ebenfalls die Auflösung und Angliederung an den Verband. Sie wiesen die Bedeutungslosigkeit der Kasse, daß bisher Alles, was für die Gesundheit der Arbeiter erzielt worden ist, wovon zweifellos die Krankenkasse Vorthell hat, nur durch die Organisation geschehen ist. Auch die Buchbinder beabsichtigen ja dasselbe. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung auch ebenfalls einmal eine Krankenunterstützung eingeführt wird und dieses wird doch zu keinem guten Ziele führen. Dem Zentralvorstand und den meisten Nichtorganisirten würde man damit einen großen Gefallen thun, damit sie dann vollständig für sich alleine wären und sich von keinem Verbandsmitglied auf ihre Pflichten aufmerksam machen lassen müßten. Diesen Gefallen wollen wir ihnen nicht thun und wenigstens die Sache langsam von Statten geht, so wollen wir unentwegt weiter arbeiten. Der Verband muß von jedem Mittel Gebrauch machen, wodurch er Vorthelle zu erzielen hofft; wir werden dadurch einen großen Theil neuer Mitglieder bekommen, auch wird der Mitgliederabgang nicht mehr so groß sein. Auch kennen viele Kollegen die Agitation der Krankenkassenmitglieder gegen den Verband noch nicht, darum ist es sehr angebracht, wenn der Verband mit der Kasse verschmolzen wird, damit die Kollegen gezwungen werden, dem Verbands beizutreten. Sollten Kollegen der Meinung sein, daß viele Kassenmitglieder durch die Verschmelzung geschädigt würden, so ließe sich der Sache dadurch abhelfen, daß die alten Mitglieder ohne Karenzzeit in die Rechte des Verbandes eintreten.

Es wäre zu wünschen, daß Freunde dieser Sache auch einmal öffentlich dazu Stellung nehmen; wir Magdeburger werden bei Gelegenheit wieder etwas von uns hören lassen.

Magdeburg.

Die Kommission.
J. B.: Max Jörgler.

Wahlkreis-Eintheilung

zur Vornahme der Delegirtenwahlen zur fünften ordentlichen Generalversammlung in Kassel. (Bemerkung: Der Eintheilung sind die im zweiten und dritten Quartal 1902 gezahlten Beiträge zu Grunde gelegt, und zwar wurde auf den vollen Halbjahresbeitrag von 6,50 Mark ein männliches und 2,60 Mark ein weibliches Mitglied angerechnet.)

1. München 86 Mitgl.	11. Nürnberg 63 Mitgl.
1 Delegirter auf 86 Mitglieder.	Erlangen 9 "
2. Leipzig I 108 Mitgl.	Bayreuth 3 "
Jena 19 "	75 Mitgl.
Zwickau 25 "	1 Delegirter auf 75 Mitglieder.
Gera 6 "	12. Hannover 67 Mitgl.
Meerane 2 "	Braunschweig 6 "
160 Mitgl.	73 Mitgl.
2 Delegirte auf je 80 Mitgl.	1 Delegirter auf 73 Mitglieder.
3. Siebertfeld 38 Mitgl.	13. Brandenburg 45 Mitgl.
Köln 23 "	Potsdam 27 "
Barmen 10 "	72 Mitgl.
Bonn 9 "	1 Delegirter auf 72 Mitglieder.
80 Mitgl.	14. Dortmund 26 Mitgl.
1 Delegirter auf 80 Mitglieder.	Mühlheim 21 "
4. Dresden I 109 Mitgl.	Düsseldorf 13 "
Chemnitz 12 "	Essen 12 "
Aue 4 "	Duisburg -- "
Bautzen 4 "	Zolingen -- "
159 Mitgl.	72 Mitgl.
2 Delegirte auf je 79 Mitgl.	1 Delegirter auf 72 Mitglieder.
5. Offenbach 390 Mitgl.	15. Kassel 52 Mitgl.
Oberrad 20 "	Halle 18 "
410 Mitgl.	Koburg -- "
5 Delegirte auf je 78 Mitgl.	Mühlhausen -- "
6. Niel 33 Mitgl.	70 Mitgl.
Melnsburg 18 "	1 Delegirter auf 70 Mitglieder.
Stettin 18 "	16. Frankfurt a. M. 70 Mitgl.
Heterfen 9 "	1 Delegirter auf 70 Mitglieder.
78 Mitgl.	17. Stuttgart 98 Mitgl.
1 Delegirter auf 78 Mitglieder.	Strasbourg 23 "
7. Karlsruhe 22 Mitgl.	Reutlingen 12 "
Mannheim 21 "	Ulm 5 "
Kaiserslautern 17 "	188 Mitgl.
Mainz 10 "	2 Delegirte auf je 69 Mitgl.
Worms 6 "	18. Bielefeld 34 Mitgl.
76 Mitgl.	Bremerhaven 16 "
1 Delegirter auf 76 Mitglieder.	Bremen 13 "
8. Magdeburg 56 Mitgl.	Elbenburg 5 "
Eisleben 13 "	68 Mitgl.
Dessau 7 "	1 Delegirter auf 68 Mitglieder.
76 Mitgl.	19. Königsberg 26 Mitgl.
1 Delegirter auf 56 Mitglieder.	Görlitz 18 "
9. Berlin 902 Mitgl.	Breslau 15 "
12 Delegirte auf je 75 Mitgl.	Frankfurt a. O. 8 "
10. Hamburg 75 Mitgl.	67 Mitgl.
1 Delegirter auf 75 Mitglieder.	1 Delegirter auf 67 Mitglieder.
	20. Hauptkasse 128 Mitgl.
	2 Delegirte auf je 61 Mitgl.

Diesemigen Wahlbezirke, die aus mehreren Verwaltungsstellen bestehen, mögen sich vor dem zur Wahl angelegten Termine über ihre Kandidaten verständigen. Als Zentralstelle für Anfragen und dergleichen gilt der Bevollmächtigte der größten Verwaltungsstelle im Bezirk.

Den Einzelmitgliedern wird vorgeschlagen, zwei Kasseler Kollegen mit ihrer Vertretung zu beauftragen. Die Kasseler Verwaltungsstelle wird daher ersucht, mindestens zwei Kandidaten vorzuschlagen und dieselben in nächster Nummer der Zeitung bekannt zu geben.

Diesemigen Verwaltungsstellen, die mit andern zusammen einen Wahlbezirk bilden, müssen die Wahlen unbedingt vom 10. bis einschließlich 24. Januar vornehmen. Vorher und nachher stattfindende Wahlen können nicht als gültig anerkannt werden. Den Verwaltungsstellen mit eigenen Delegirten bleibt es freigestellt, wann sie die Wahl vornehmen, doch muß das Resultat der Wahl bis zum Schlusse des Stichwahltermines in den Händen des Vorstandes sein.

Der Vorstand.

F. A.: Joh. Sassenbach.

Der Ausschuß.

F. A.: Peter Blum.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Zentralvorstand des Verbandes der Textilarbeiter erläßt folgenden Aufruf:

Werthe Genossen! Wie bekannt, führen die Weber in Meerane einen erbitterten Kampf um Aufbesserung ihrer Löhne. Die

Jahre lang fortgesetzten Lohnreduzierungen haben es dahin gebracht, daß der Durchschnittsverdienst des Meeraner Webers 9 Mk. wöchentlich nicht übersteigt; Hunderte von Webern verdienen bei vollem Geschäftsgang kaum 6—7 Mk. Da in diesem Jahre die Meeraner Industrie besonders gut geht, so unterbreiteten die Arbeiter den Fabrikanten einen Lohnarif, welcher für alle Betriebe in Kraft treten sollte.

Die Unternehmer antworteten mit einem Gegentarif, welcher in vielen Punkten noch niedrigere Löhne festlegte, als die zuletzt gezahlten.

Da es trotz vielfacher Versuche zu keiner Einigung kam, so erfolgte am 10. Oktober die Arbeitsniederlegung. Am Streik theilhaft sind auch andere Orte, welche für Meerane arbeiten, so daß zur Zeit im Ausstand stehen in Meerane 1796 Personen, in Glauchau 282 und in Reichenbach, Dirlau, Elsterberg und Döbau 300 Personen; zusammen sind 2600 Streikende mit circa 6000 Kinder zu unterstützen. Die Unterstützung für die ersten acht Wochen hat der Textilarbeiterverband aus eigenen Mitteln gezahlt; da aber der Streik voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, so sind wir genöthigt, uns um Unterstützung an andere Organisationen zu wenden.

Die Situation für die Streikenden ist günstig, weil Streikbrecher so gut wie garnicht vorhanden sind; in sämtlichen Betrieben in Meerane arbeiten 32 Weber.

Wir hoffen, uns nicht vergebens an die Solidarität der deutschen Arbeiter zu wenden. Helft den armen Webern in Meerane! Mit Eurer Hilfe wird es uns ermöglicht sein, unseren kämpfenden Brüdern und deren Kinder auch eine Weihnachtsfreude durch eine erhöhte Unterstützung zu bereiten.

Alle Sendungen sind an den Verbandskassierer Georg Treue, Berlin O 112, Kronprinzenstraße 47, zu senden.

Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes.
Karl Hübsch.

Rechtsprechung.

Angefangene Akkordarbeit braucht, wenn eine Kündigungsfrist nicht besteht, nicht beendet zu werden. In diesem Sinne hat kürzlich das Landgericht Leipzig entschieden. Der Tischler W. klagte gegen die Firma Kenzler, Möbelfabrik in Wockau, wegen einer Forderung von 117 Mk., weil er entlassen worden war und ihm die Fertigstellung einer übernommenen Akkordarbeit verweigert wurde. Nach § 2 der Arbeitsordnung kann das Arbeitsverhältnis von beiden Theilen zu jeder Zeit aufgelöst werden. Das Amtsgericht Taucha hatte am 3. Dezember 1901 den Kläger mit seiner Forderung abgewiesen. Auf eingelegte Berufung hatte sich nunmehr das Landgericht Leipzig mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Das Legiere hatte auf Antrag des Klägers Gutachten der Gewerbetammer zu Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Gewerbegerichts der Stadt Leipzig eingefordert. Die Gewerbetammer antwortete dahin, daß es sowohl im Tischlerhandwerk wie auch größtentheils in der Holzindustrie Leipzigs Brauch sei und demnach als selbstverständlich angesehen werden müsse, daß Arbeiter, die, ohne daß eine zeitliche Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses festgelegt worden ist, angenommen und eingestellt worden sind, erst dann dieses Arbeitsverhältnis lösen können, wenn die ihnen nach Stückpreisen übertragenen Arbeiten fertiggestellt worden sind. Dasselbe Verfahren haben selbstverständlich auch die Arbeitgeber zu beachten. Nur wenn sich die Arbeiter grober Verstöße schuldig gemacht haben, können sie ohne Fertigstellung der Akkordarbeit entlassen werden. Die Amtshauptmannschaft theilt mit, daß sie Arbeitsordnungen nur daraufhin zu prüfen habe, ob sie den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Das Leipziger Gewerbegericht ist in Uebereinstimmung mit der Praxis des Berliner Gewerbegerichts der Meinung, daß das Arbeitsverhältnis jederzeit, auch vor Fertigstellung des Akkords, sowohl vom Arbeitgeber als Arbeitnehmer gelöst werden kann, auch wenn für das zur Bearbeitung übertragene Stück ein bestimmter Akkordtag vereinbart worden ist, vorausgesetzt, daß in der Arbeitsordnung die Klausel der Zulässigkeit jederzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses vorgesehen ist. Ob die Herstellung des Akkordstückes einen längeren oder kürzeren Zeitraum in Anspruch nimmt, ist dabei belanglos. Einen Brauch, der dahin ginge, daß auch bei vereinbarter jederzeitiger Auflösung des Arbeits-Verhältnisses bei Akkordarbeiten das Arbeitsverhältnis erst nach Vollendung des Akkord gelöst werden könne, kennt das Gewerbegericht nicht. Das Landgericht Leipzig ist dieser letzteren Auffassung beigetreten. Aus dem Umstande, daß eine Anzahl Arbeitsordnungen, entsprechend einschränkende Bestimmungen enthalten, lasse sich das Vorhandensein eines Brauches nicht entnehmen. Eine diktatorische Ausübung seines Rechts, den Kläger sofort zu entlassen, liege an Seiten des Beklagten nicht vor, zumal sie anlässlich der Theilnahme des Klägers an einer Agitation der Arbeiter gegen die Arbeitgeber erfolgte. Ob dieses Verhalten einen genügenden Grund zur Entlassung bilde, könne dahingestellt bleiben. Der Kläger kann für die Zeit nach seiner Entlassung keine Ansprüche mehr erheben.

Das Landgericht hat in diesem Falle zu Gunsten des Arbeitgebers entschieden. Das Urtheil kann aber auch den Arbeitern

Offen. Auf mehrfachen Wunsch findet die von uns angeregte Konferenz nicht statt, weil die Angelegenheit bei der Gauversammlung, die Anfang nächsten Jahres in Dortmund stattfindet, mitberathen werden soll.

Berlin. Streif- und Unterstützungs-Fonds der Militär-Effekten-Sattler Berlins (Lokalasse). Am 6. Dezember fand eine Versammlung von Mitgliedern der Lokalkasse im Gewerkschaftshaus statt, in welcher ein Nachtrag zum Statut beschlossen wurde, welcher lautet:

„Mitglieder der Lokalkasse, welche 10 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind und nach einmaliger Aufforderung nicht zahlen, verlieren alle Anrechte an derselben. Auf Antrag kann Stundung gewährt werden.“

Gleichzeitig wurde beschlossen, um den Mitgliedern nach Zeit zum Nachzahlen zu geben, daß der Paragraph erst vom 1. Januar 1903 in Kraft tritt, und die Mitglieder werden ersucht, ihre Adressen dem Vertrauensmann oder dem Kassier umgehend mitzuteilen. Dann wurden den arbeitslosen Mitgliedern 3 Mark zu Weihnachten extra bewilligt.

Im Weiteren wurde bestimmt, daß die Lokalkasse nach Inkrafttreten der allgemeinen Arbeitslosen-Unterstützung als Zuschußkasse weiter geführt werden soll und daß dann 10 Pf. Beitrag wöchentlich erhoben wird, wofür 3 Mk. wöchentlich als Zuschuß zur Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt wird.

Nachruf.

Am 18. Dezember 1902 verstarb unser Mitglied

Michael Marzinkowsky.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Berlin.

Bielefeld. Am 14. Dezember fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, welche gut besucht war. Nachdem Koll. Sommer den Kartellbericht gegeben hatte, beschäftigten wir uns mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Es entspann sich hierüber eine längere und lebhaftere Debatte. Dagegen sprach keiner, alle waren sich des Nutzens dieser schon bei verschiedenen Gewerkschaften e-probieren Unterstützung bewußt, sowohl in agitatorischer als auch in anderer Hinsicht. So sprachen sich die meisten Redner für eine Erhöhung der Beiträge auf 35 Pf. aus. Da aber sonst betreffs der Dauer und Höhe der Unterstützung die Meinungen noch sehr geteilt waren, so soll dieser Punkt zur weiteren Diskussion nochmals auf die Tagesordnung gesetzt werden. Zum Punkt Abzüge bei der Firma Lehmann ist zu konstatieren, daß dieselben durch Vermittlung des Vorsitzenden Koll. Wilsmann wieder rückgängig gemacht worden sind. In Anerkennung dessen sprachen sich mehrere Kollegen dafür aus, zu sorgen, daß alle Kollegen dem Verbandsangehörigen und die Versammlungen besser besucht würden. Es wurde dann noch der Wunsch ausgesprochen, wenn irgend möglich mit den Kollegen der auswärtigen Fahrradfabriken in Fühlung zu kommen, zwecks Ausarbeitung eines Lohntarifs. Im Verschiedenen spricht Kollege Köh noch über den zu errichtenden Arbeitsnachweis und werden die hierzu nötigen Vorarbeiten der Kommission und dem Vorstand überwiesen. Ferner beantragt Koll. Köh, den zum Militär eingezogenen Mitgliedern zu Weihnachten je 3 Mk. aus der Lokalkasse zu bewilligen. Dieser Antrag wird angenommen. Namens der Tapezierer ist Kollege Gäddecke erschienen, welcher die Sattler ersucht, sich an einer kleinen Feier der Filiale der Tapezierer zu beteiligen.

Breslau. Mitglieder-Versammlung vom 15. Dezember 1902. Tagesordnung: 1. Lokalfrage. 2. Vorstandswahl. 3. Stellungnahme zu den Anträgen für die General-Versammlung in Cassel. 4. Verschiedenes. Der Schriftführer verliest das Protokoll der letzten Versammlung.

Im 1. Punkt wurde beschlossen, bis auf Weiteres im selben Lokal am Montag zu tagen, bis es dem Vorstand ev. gelingt, ein Zimmer für Sonnabend zu erreichen.

Der 2. Punkt wird vertagt, bis der Vorstand Abrechnung und Bericht geben wird.

3. Punkt. Hier entspann sich eine lebhaftere Debatte, sämtliche Kollegen sprachen sich für Einführung von Arbeitslosenunterstützung aus, bei einem Beitrag von 35 bis 40 Pf. Einige Redner sprachen sich für, andere gegen einen Zusammenschluß zu einem Industrieverband der Lederarbeiter aus. Es wurde beschlossen, den Delegierten zu beauftragen, für beide Punkte einzutreten.

4. Punkt. Koll. Schneider giebt der Versammlung bekannt, daß man ihn als Obmann der Agitationskommission seitens der Zentralleitung unmöglich mache. Es sind grobe Vorwürfe gegen ihn geschleudert worden. Er fühlt sich in seiner Ehre geschädigt, sieht sich genötigt, seine Ämter niederzulegen und verlangt Rehabilitation. Schneider verliest sämtliche Briefe und bringt sämtliche Schritte zur Sprache, welche von hier gethan worden, um von der Zentralleitung Aufklärung zu erlangen, leider ver-

geblich. Derauf folgte eine besonders erregte Debatte, in welcher das Versteckspielen der Zentralleitung scharf getadelt wurde. Da nun durch dieses Zermürben sämtliche Agitation brach liegt, wurde folgender Schlusantrag einstimmig gutgeheißen:

„Die heutige Versammlung verlangt vom Zentral-Vorstand in der Angelegenheit Schneider eine offizielle Erklärung in der nächsten Nummer der Sattler-Zeitung, ev. will sich Kollege Schneider auf gerichtlichem Wege Rechtfertigung verschaffen.“

(Anmerkung: Sowohl die Brandenburger Agitationskommission wie der Zentral-Vorstand haben es abgelehnt, dem Verlangen Schneiders nachzukommen und zurückziehende Erklärungen abzugeben. Der gerichtliche Weg schreckt uns nicht, doch kann sich Schneider ja auch an die Generalversammlung wenden.)

Fraunfurt a. O. In der Mitglieder-Versammlung vom 6. Dezember nahmen die Kollegen folgenden Passus an:

„Die Kollegen sind der Meinung, daß, wenn die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt, sie auch gemißt sind, schließlich 40 Pf. wöchentlichen Beitrag zu zahlen, mit der Bedingung für einheitliche Unterstützung.“

Am Schluß der Versammlung ließ sich ein Kollege aufnehmen.

Wainz. In der Versammlung vom 30. November verlas Kollege Schmal die Abrechnung. Kollege Häppler sprach sich über die Arbeitslosenunterstützung aus und hält dieselbe für zweckmäßig; auch waren sämtliche Kollegen für dieselbe und meinten, daß ein Beitrag von 35 Pf. hoch genug wäre, denn die meisten Kollegen glauben, daß der Verband bei einem höheren Beitrag an Mitgliedern verlieren könnte und neue schwer zu gewinnen seien. Zur Generalversammlung wurde Kollege Häppler als Delegierter einstimmig gewählt. Unter „Verschiedenes“ kam man auf verschiedene Werkstattangelegenheiten zu sprechen.

Wülheim a. Ruhr. Die am 29. November abgehaltene Mitgliederversammlung hatte folgende Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Riggemeier (Genosse aus der Filiale des Buchdruckerverbandes). 2. Gewerkschaftliches und Anträge zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 enterte Herr Riggemeier reichen Beifall für seinen Vortrag, welcher sich hauptsächlich auf die kritischen Gewerksvereine bezog. Leider wurde aber die Versammlung etwas spät eröffnet und wurde gebeten, von einer Diskussion abzusehen. Unter Gewerkschaftlichem wurde zunächst die Wahl eines zweiten Vorsitzenden vorgenommen. Da schon in der vorigen Versammlung von unserm Vorsitzenden vorgeschlagen wurde, einen zweiten aus der Duisburger Tapezierer-Filiale zu wählen, wurde demgemäß gehandelt. Die Tapezierer schlugen vor, auch einen Delegierten von ihrer Seite ins Gewerkschaftskartell zu ziehen und wurde der Vorschlag einstimmig angenommen. Es fiel sodann die Wahl zum 2. Vorsitzenden auf Koll. Baumann und zum Delegierten zum Kartell auf Koll. Meurer. Betreffs der Anträge zur Generalversammlung wurde zunächst eine Vorstandssitzung anberaumt.

Zu Punkt 3 gab Koll. Völl noch kurzen Bericht von der Essener Filiale. Unter anderm erklärte er, daß daselbst eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen abgehalten werden sollte, betreffs der Arbeitslosenversicherung und Angliederung einer Krankentasse an dieselbe. Der Vorliegende gab bekannt, daß diese Sache das Agitations-Komitee in Elberfeld angehe und wir uns damit nicht weiter befassen könnten. Sodann wurde noch über eine Schwesterfeier verschiedenes besprochen und die Versammlung um 12 Uhr geschlossen. Anwesend waren 16 Kollegen.

Anzeigen.

Die Zeitschrift wird mit 30 Pfg. berechnet. Der Rabatt beträgt bei dreimaliger Aufnahme 10 pCt., sechsomaliger 20 pCt., zwölfmaliger 33 1/3 pCt. und Jahresabonat 50 pCt. Die Aufnahme der Anzeigen erfolgt erst nach Einfindung des Betrages.

Spezialwerkzeuge für Sattler und Tapezierer

kauft man am besten bei **Job. Sassenbach, Hermann-Schmidt**. Preislisten gratis und franko. Für gutes Werkzeug wird Garantie geleistet. Neuer Hammerstiel mit Porto M. 1,50.

Georg Weihnachts Bierhaus

Gränze 21.

H. Weß, Baisisch, Gumbacher Bier.

Zahlstelle der Central-Krankentasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volkshilfe“.

Anträge auf Feuer-, Lebens-, Vollversicherungen etc. übernimmt **G. Standt, Engel-Ufer 15, v. 4 Et.**

Fachschriften für Wagenbauer.

Cremburg. Lehrbuch der Lackkunst 5.— Mk.
Kaufh. Der Wagenfabrikant 9.— „
Wien. Der Wagenkasten und sein Plan 4,50 „
Gegen Einfindung des Betrages oder gegen Nachnahme zu beziehen durch **Job. Sassenbach, Berlin 16.**

Verantwortlicher Redakteur: Job. Sassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15.
Druck: Maurer & Dinnick, Berlin S., Luisen-Ufer 11.